Bundesgesetzblatt ²⁸⁵

Teil II

Z1998 A

1972	Ausgegeben zu Bonn am 14. April 1972	Nr. 19
------	--------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
2. 3. 72	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Niger über Kapitalhilfe	285
10. 3. 72	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Italienischen Republik über das Fraunhofer-Institut, Capri ...	287
13. 3. 72	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien über Kapitalhilfe ...	289
21. 3. 72	Bekanntmachung über die Änderung der Anlage zum Europäischen Übereinkommen über die Regelung des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates	291
21. 3. 72	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche	292
23. 3. 72	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Leistung freiwilliger Beiträge zur Durchführung des Vorhabens zur Rettung der Tempel von Philae	292

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Niger
über Kapitalhilfe**

Vom 2. März 1972

In Niamey ist am 15. Januar 1972 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Niger über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 15. Januar 1972

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 2. März 1972

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Finanzen
Im Auftrag
Dr. Hanemann

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Niger über Kapitalhilfe

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Republik Niger,

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Niger,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, die Entwicklung der nigrischen Wirtschaft zu fördern,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Niger, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für die Erweiterung der Wasserversorgungsanlagen der Stadt Niamey, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist, ein Darlehen bis zur Höhe von insgesamt vierzehn Millionen dreihunderttausend Deutsche Mark aufzunehmen.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Niger durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung dieses Darlehens sowie die Bedingungen (einschließlich der Frage der Lieferbindung und der Devisenkostenfinanzierung), zu denen es gewährt wird, bestimmt der zwischen dem Darlehensnehmer und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

(2) Die Regierung der Republik Niger, sofern sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, garantiert gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen und den sich daraus ergebenden Transfer in Erfüllung von Verbindlichkeiten des Darlehensnehmers auf Grund des abzuschließenden Darlehensvertrages.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Niger stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Darlehensvertrages in der Republik Niger erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Niger überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Transportmittel vorbehaltlich des Artikels 5, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der deutschen Verkehrsunternehmen ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen aus Ländern und Gebieten, die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gesondert mitgeteilt werden, dürfen aus dem Darlehen nicht finanziert werden. Hierunter fallen auch Lieferungen, die ihren Ursprung in einem dieser Länder und Gebiete haben. Desgleichen dürfen Lieferungen, die aus dem Darlehen finanziert werden, nicht auf Verkehrsmitteln dieser Länder und Gebiete transportiert werden.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Niger innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Niamey am 15. Januar 1972 in vier
Urschriften, je zwei in deutscher und in französischer
Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich
ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland

Arnot

Karl Schiller

Für die Regierung
der Republik Niger

Diori Hamani

**Bekanntmachung
der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Italienischen Republik
über das Fraunhofer-Institut, Capri**

Vom 10. März 1972

In Rom ist durch Notenwechsel vom 5./10. Februar 1972 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Italienischen Republik eine Vereinbarung über die Aufnahme des Fraunhofer-Instituts, Capri, in die Liste der deutschen Kulturinstitute in Italien, die nach den Notenwechseln vom 8. Februar 1956 (Bundesgesetzbl. 1958 II S. 77, 83) und vom 12. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 843) Abgabefreiheit genießen, getroffen worden. Die Vereinbarung ist

am 10. Februar 1972

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 10. März 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frhr. v. Braun

Il Ministro degli Affari Esteri

Rom, den 5. Februar 1972

Herr Botschafter,

Ich beehre mich, auf den nach Art. 15 des deutsch-italienischen Kulturabkommens von der Gemischten Kommission auf ihrer 6. Sitzung in Bonn vom 3. bis 5. April 1968 ausgearbeiteten Vorschlag über die Aufnahme des Fraunhofer-Instituts, Capri, in die Liste der deutschen Kulturinstitute in Italien, die nach den Notenwechseln vom 8. Februar 1956 und vom 12. Juli 1961 Abgabefreiheit genießen, Bezug zu nehmen.

Im Hinblick darauf, daß diese Abgabefreiheit nach den genannten Notenwechseln außer für die bereits bestehenden auch für die Institute vorgesehen ist, die im gegenseitigen Einvernehmen hinzukommen können, beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, daß die italienische Regierung unter der Voraussetzung der gleichen Behandlung italienischer Kulturinstitute, die im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland errichtet werden, bereit ist, das Fraunhofer-Institut, Capri, in die oben erwähnte Liste aufzunehmen und es damit in Übereinstimmung mit geltendem Recht in den Genuß der Zoll- und Steuerbefreiungen auf Grund des am 8. Februar 1956 in Bonn erfolgten Notenwechsels zu dem deutsch-italienischen Kulturabkommen sowie der Befreiung von den direkten staatlichen und örtlichen Steuern und Abgaben auf Grund des am 12. Juli 1961 in Bonn erfolgten Notenwechsels gelangen zu lassen, und zwar hinsichtlich des Observatoriumsgebäudes und des Hauses für den Hausmeister, jedoch ausschließlich der Wohngebäude für das Personal.

Falls Eure Exzellenz mir das Einverständnis Ihrer Regierung mit den obigen Ausführungen mitteilt, sollen diese Note und die gleichlautende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Ländern bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Aldo Moro

Seiner Exzellenz
Herrn Rolf Lahr
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland
Rom

Der Botschafter der
Bundesrepublik Deutschland

Rom, den 10. Februar 1972

Herr Minister,

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 5/2/72 zu bestätigen, die folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, auf den nach Art. 15 des deutsch-italienischen Kulturabkommens von der Gemischten Kommission auf ihrer 6. Sitzung in Bonn vom 3. bis 5. April 1968 ausgearbeiteten Vorschlag über die Aufnahme des Fraunhofer-Instituts, Capri, in die Liste der deutschen Kulturinstitute in Italien, die nach den Notenwechseln vom 8. Februar 1956 und vom 12. Juli 1961 Abgabefreiheit genießen, Bezug zu nehmen.

Im Hinblick darauf, daß diese Abgabefreiheit nach den genannten Notenwechseln außer für die bereits bestehenden auch für die Institute vorgesehen ist, die im gegenseitigen Einvernehmen hinzukommen können, beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, daß die italienische Regierung unter der Voraussetzung der gleichen Behandlung italienischer Kulturinstitute, die im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland errichtet werden, bereit ist, das Fraunhofer-Institut, Capri, in die oben erwähnte Liste aufzunehmen und es damit in Übereinstimmung mit geltendem Recht in den Genuß der Zoll- und Steuerbefreiungen auf Grund des am 8. Februar 1956 in Bonn erfolgten Notenwechsels zu dem deutsch-italienischen Kulturabkommen sowie der Befreiung von den direkten staatlichen und örtlichen Steuern und Abgaben auf Grund des am 12. Juli 1961 in Bonn erfolgten Notenwechsels gelangen zu lassen, und zwar hinsichtlich des Observatoriumsgebäudes und des Hauses für den Hausmeister, jedoch ausschließlich der Wohngebäude für das Personal.

Falls Eure Exzellenz mir das Einverständnis Ihrer Regierung mit den obigen Ausführungen mitteilt, sollen diese Note und die gleichlautende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Ländern bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.“

Ich habe die Ehre Ihnen mitzuteilen, daß meine Regierung mit den darin enthaltenen Vorschlägen und damit einverstanden ist, daß Ihre Note und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden sollen, die mit dem Datum dieser Note in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Lahr

Sua Exzellenza
l On. Prof. Aldo Moro
Ministro degli Affari Esteri
Roma

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien
über Kapitalhilfe**

Vom 13. März 1972

In Amman ist am 24. Januar 1972 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 24. Januar 1972

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 13. März 1972

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Finanzen
Im Auftrag
Dr. Hanemann

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien über Kapitalhilfe

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Haschemitischen Königreich Jordanien,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, die Entwicklung der jordanischen Wirtschaft zu fördern,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, ein Darlehen bis zur Höhe von dreißig Millionen Deutsche Mark aufzunehmen.

(2) Der Betrag von dreißig Millionen Deutsche Mark ist für die Finanzierung von Vorhaben bestimmt, die im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien noch auszuwählen sind und deren Förderungswürdigkeit durch Prüfung festgestellt worden ist.

Artikel 2

Die Verwendung dieser Darlehen sowie die Bedingungen (einschließlich der Frage der Lieferbindung), zu denen sie gewährt werden, bestimmen die zwischen der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien und der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Darlehensverträge im Haschemitischen Königreich Jordanien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Transportunternehmen vorbehaltlich des Artikels 5, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der deutschen Verkehrsunternehmen ausschließen oder erschweren und erteilt gegebenenfalls die erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen aus Ländern und Gebieten, die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gesondert mitgeteilt werden, dürfen aus den Darlehen nicht finanziert werden. Hierunter fallen auch Lieferungen, die ihren Ursprung in einem dieser Länder oder Gebiete haben. Desgleichen dürfen Lieferungen, die aus den Darlehen finanziert werden, nicht auf Verkehrsmitteln dieser Länder und Gebiete transportiert werden.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus den Darlehensgewährungen ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Amman am 24. Januar 1972 in sechs Urschriften, je zwei in deutscher, arabischer und in englischer Sprache. Der deutsche und der arabische Wortlaut sind gleichermaßen verbindlich; bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts soll der englische Wortlaut maßgebend sein.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
Schlegl

Für die Regierung
des Haschemitischen Königreichs Jordanien
M u a s h e r

**Bekanntmachung
über die Änderung der Anlage zum Europäischen Übereinkommen
über die Regelung des Personenverkehrs
zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates**

Vom 21. März 1972

Die belgische Regierung hat in Übereinstimmung mit Artikel 11 des Europäischen Übereinkommens vom 13. Dezember 1957 über die Regelung des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates (Bundesgesetzbl. 1959 II S. 389) dem Generalsekretär des Europarates notifiziert, daß die Bezeichnung der dritten Urkunde der von ihr aufgestellten Liste der Urkunden, die der Anlage zu diesem Übereinkommen beigelegt ist, geändert wurde und nunmehr wie folgt lautet:

(Übersetzung)

Belgium:	Belgique:	Belgien:
...	...	...
...	...	...
Official identity card issued to a Belgian national, having the force of an immatriculation certificate, by a Belgian diplomatic or consular agent abroad	Carte d'identité délivrée à un ressortissant belge, valant certificat d'immatriculation, émanant d'un agent diplomatique ou consulaire de Belgique à l'étranger	Personalausweis, der auch als Meldebescheinigung gilt, ausgestellt von einem belgischen Diplomaten oder Konsularbeamten im Ausland für einen belgischen Staatsangehörigen;
...	...	...
...	...	...
...	...	...

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. Oktober 1969 (Bundesgesetzbl. II S. 2210).

Bonn, den 21. März 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche
Vom 21. März 1972

Das Übereinkommen vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 121) ist nach seinem Artikel XII Abs. 2 für

Botsuana am 19. März 1972
in Kraft getreten.

Botsuana hat in Übereinstimmung mit Artikel I Abs. 3 des Übereinkommens erklärt, daß es das Übereinkommen nur auf Streitigkeiten aus Rechts-

verhältnissen vertraglicher oder nichtvertraglicher Art, die nach botsuanischem Recht als Handels-sachen angesehen werden, und auf die Anerkennung und Vollstreckung solcher Schiedssprüche anwenden wird, die in dem Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaats ergangen sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Juli 1971 (Bundesgesetzblatt II S. 968).

Bonn, den 21. März 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Leistung freiwilliger Beiträge zur Durchführung des Vorhabens
zur Rettung der Tempel von Philae
Vom 23. März 1972

Das Übereinkommen über die Leistung freiwilliger Beiträge zur Durchführung des Vorhabens zur Rettung der Tempel von Philae vom 19. Dezember 1970 (Bundesgesetzbl. 1972 II S. 51) ist nach seinem Artikel V für

Belgien am 20. Januar 1972
Nigeria am 24. Januar 1972
in Kraft getreten.

Bonn, den 23. März 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frhr. v. Braun

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn.
Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie für Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:
Bundesgesetzblatt, 53 Bonn 1, Postfach 824, Telefon 22 40 86 — 88.

Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Ausfertigung verkündet. Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. beim Verlag vorliegen. Im Teil III wird das als fortgeltend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (BGBl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Der Teil III kann nur als Verlagsabonnement bezogen werden.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 25,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,65 DM. Dieser Preis gilt auch für die Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1970 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt, Köln 399 oder gegen Vorausrechnung bzw. gegen Nachnahme.

Preis dieser Ausgabe 0,65 DM zuzüglich Versandgebühr 0,15 DM, bei Lieferung gegen Vorausrechnung zuzüglich Portokosten für die Vorausrechnung. Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5%.